

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie

zum

Antrag der CDU-Fraktion

Zukunftskonzept für potentielle Rückkehrer nach Brandenburg

- Drucksache 5/2659 -

Berichtersteller: Abgeordnete Birgit Wöllert (DIE LINKE)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den oben genannten Antrag in der Fassung des Beschlusses des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie annehmen:

Datum des Eingangs: 16.05.2011 / Ausgegeben: 16.05.2011

„Zuwanderung, Rückkehr und Integration als Beitrag zur Fachkräftesicherung in Brandenburg

Der Landtag stellt fest:

Die Fachkräftegewinnung und -sicherung ist bereits gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben für alle Beteiligten in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie gewinnt künftig aufgrund der demografischen Entwicklung noch mehr an Bedeutung. Der absehbare Fachkräftebedarf im Land wird nur zu sichern sein, wenn es gelingt, das Fachkräfteangebot nachhaltig zu halten und zu erweitern sowie die Standortattraktivität des Landes weiter zu erhöhen. Dazu gehören insbesondere gute Arbeitsbedingungen mit unbefristeten sicheren Arbeitsplätzen, fairen Löhnen und Entwicklungsperspektiven. Dazu gehört auch die bestehenden Chancen auf Ausbildung und Arbeit in den Regionen transparent darzustellen und zu nutzen. Hierfür sind in erster Linie die Unternehmen zuständig. Ein weiterer wichtiger Standortfaktor ist eine soziale Infrastruktur, die den Bedürfnissen von Berufstätigen ebenso gerecht wird, wie denen von Familien mit Kindern und älteren Menschen.

Dies alles wird nur erreichbar sein, durch die Bündelung vielfältiger Maßnahmen, einem gemeinsamen Herangehen aller Akteure, breiter Vernetzung, der Verhinderung von Parallelstrukturen und einem optimalen Einsatz finanzieller und materieller Ressourcen.

Der Landtag bittet die Landesregierung

1. bereits existierende Maßnahmen, Angebote und Strukturen so auszurichten, dass an Zuwanderung und Rückkehrinteressierte, inklusive Fernpendler, ausländische Studierende, Studienabsolventinnen und -absolventen sowie Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler als Zielgruppe ausreichend berücksichtigt werden. Dabei sind insbesondere die alters- und geschlechtsspezifischen Unterschiede innerhalb dieser Zielgruppe zu beachten.
2. ein Internetportal für möglichst alle Interessierten zu entwickeln, das einen optimalen Informationszugriff gewährleistet und eine landesweite Vernetzung der regionalen Rückkehrer- und Zuwandererinitiativen unterstützt. Dabei ist zu prüfen, inwieweit das bereits bestehende internetbasierte Fachkräfteinformationssystem der LASA genutzt werden kann.
3. bei der Gewinnung von Fachkräften aus dem In- und Ausland
 - die Möglichkeiten des vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Frauen federführend begleiteten „Bündnisses für Fachkräftesicherung“,
 - die bereits bestehenden Rückkehrinitiativen im Land sowie

- bisherige Erfahrungen der im „Verbund Rück- und Zuwanderung“ organisierten „Rückkehragenturen“ anderer Bundesländer und der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH (LASA) als Brandenburger Partner

einzu beziehen.

4. dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landtages Brandenburg über erste Ergebnisse bis zum Ende des Jahres 2011 zu berichten.

Begründung:

In der Anfang 2010 veröffentlichten Fachkräftestudie für Berlin und Brandenburg wird der künftige Fachkräftebedarf konkret dargestellt. Damit es gelingt, diesen abzusichern, hat die Landesregierung einen Maßnahmenplan beschlossen und das „Bündnis für Fachkräftesicherung“ initiiert. Diesem Bündnis gehören, neben dem federführenden Arbeitsministerium und vier weiteren Ressorts der Landesregierung sowie der Staatskanzlei, die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammer, DGB, IG Bau, IG Metall, Unternehmerverbände Berlin Brandenburg, Universitäten, der Landkreistag, Schulämter, Lehrervertretung, Landeselternrat, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit Berlin-Brandenburg und die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales an.

Bereits laufende und geplante Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und -sicherung sind so zu gestalten, dass auch für Rückkehr- und Zuwanderungsinteressierte zielgruppenspezifisch die Arbeits- und Lebensperspektiven im Land Brandenburg transparent dargestellt werden.“

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den Antrag der CDU-Fraktion Zukunftskonzept für potentielle Rückkehrer nach Brandenburg - Drucksache 5/2659 - in seiner 28. Sitzung am 19. Januar 2011 federführend an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie führte in seiner 19. Sitzung am 6. April 2011 zum Antrag der CDU-Fraktion eine öffentliche Anhörung durch, zu der auch die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft eingeladen worden waren.

Der Ausschuss für Wirtschaft leitete dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie seine Stellungnahme zu (Anlage 1). Im Hinblick darauf, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE angekündigt hatten, zur abschließenden Beratung im federführenden Ausschuss noch Veränderungen am CDU-Antrag einbringen zu wollen, votierte der Ausschuss für Wirtschaft für die Ablehnung des Antrags der CDU-Fraktion in der Fassung der Drucksache 5/2659.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie befasste sich in seiner 20. Sitzung am 11. Mai 2011 abschließend mit dem oben genannten Antrag der CDU-Fraktion. Hierbei nahm er die schriftliche Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft zur Kenntnis.

B. Beratung

Zur abschließenden Beratung im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie lagen neben der Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, eine Stellungnahme der CDU-Fraktion (Anlage 2) sowie ein gemeinsamer Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen (SPD-Fraktion und Fraktion DIE LINKE) (Anlage 3) vor.

Fraktionsübergreifend wurde zunächst begrüßt, dass aufgrund des Antrags der CDU-Fraktion sowohl anlässlich der 28. Landtagssitzung am 19. Januar 2011 als auch der im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie durchgeführten Anhörung eine breite Debatte zum Thema Rückkehrer als ein Baustein zur Fachkräftesicherung geführt worden sei.

Alle Fraktionen waren sich ferner darin einig, dass im Rahmen der Anhörung viele wichtige Aspekte herausgearbeitet werden konnten, wie zum Beispiel die Tatsache, dass das Heimatgefühl der Rückkehrwilligen zu einer bestimmten Region bestehe. Ebenso sei die Vorstellung des Wirkens bereits existierender regionaler Initiativen sehr aufschlussreich gewesen. Auch der bisher unberücksichtigt gebliebene Personenkreis der Weitpendler habe in den Blickwinkel gerückt werden können.

In der weiteren Diskussion konnten fraktionsübergreifend Gemeinsamkeiten zwischen dem Antrag der CDU-Fraktion und dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen festgestellt werden.

Die Koalitionsfraktionen argumentierten, ihr Änderungsantrag sei gewissermaßen als eine Weiterentwicklung des Antrags der CDU-Fraktion zu betrachten.

Die CDU-Fraktion entgegnete, der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen enthalte zwar durchaus gute Ansätze, eine Kernforderung des Antrags der CDU-Fraktion - nämlich die Schaffung eines zentralen Ansprechpartners für Rückkehrwillige - sei aber nicht aufgegriffen worden. Eine zentrale Anlaufstelle, die beispielsweise beim Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten oder beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie angesiedelt werden könnte, werde gerade mit Blick auf die gewünschte Zuwanderung aus dem In- und Ausland für notwendig erachtet. Deshalb könne dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen nicht zugestimmt werden.

Dieser Argumentation hielten sowohl die Koalitionsfraktionen als auch die FDP-Fraktion entgegen, dass statt eines zentralen Ansprechpartners viel mehr die regionalen Anlaufstellen/Initiativen gestärkt werden müssten. Die Anhörung habe insoweit deutlich gemacht, dass das Heimatgefühl der Rückkehrwilligen zu ihrer Region, etwa zur Uckermark oder zur Lausitz bestehe.

Die FDP-Fraktion begrüßte darüber hinaus, dass ihr wichtig erscheinende Faktoren wie gute Arbeitsbedingungen mit unbefristeten sicheren Arbeitsplätzen und fairen Löhnen Eingang in den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen gefunden hätten.

Die Fraktion GRÜNE/B 90 strich zudem positiv heraus, dass auch die so genannten weichen Standortfaktoren im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen Berücksichtigung gefunden hätten.

Während im Ergebnis der Beratung die Stellungnahme der CDU-Fraktion keine Mehrheit (2 : 8 : 0) fand, konnten sich die Koalitionsfraktionen mit ihrem Änderungsantrag mit einer Mehrheit von 8 : 2 : 0 Stimmen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion durchsetzen.

Letztlich stimmte der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie mit 8 Jastimmen gegen 2 Neinstimmen mehrheitlich dafür, dem Landtag die Annahme des oben genannten Antrags in der Fassung des Beschlusses des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie zu empfehlen.

Birgit Wöllert
Berichterstatteerin und
Vorsitzende des Ausschusses für
Arbeit, Soziales, Frauen und Familie

Anlagen

EINGEGANGEN

10. MAI 2011

A 7 5-474

Erledigt: *Großer Vertik/W
+ H.A.S.F.*

Anlage 1



LANDTAG
BRANDENBURG

Landtag Brandenburg; Postfach 60 10 54; 14410 Potsdam

Ausschuss für Wirtschaft
Der Vorsitzende

Vorsitzende des
Ausschusses für Arbeit,
Soziales, Frauen und Familie
Frau Birgit Wöllert

im Hause

Datum: 09. Mai 2011

**Antrag der CDU-Fraktion "Zukunftskonzept für potenzielle Rückkehrer nach Brandenburg"
- Drucksache 5/2659**

Sehr geehrte Frau Kollegin,

der o. g. Antrag der CDU-Fraktion wurde vom Landtag in seiner 28. Sitzung am 19.01.2011 an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie - federführend - und an den Ausschuss für Wirtschaft zur Mitberatung überwiesen. Der federführende Ausschuss führte zu dem Antrag am 06.04.2011 eine Anhörung durch, zu der der mitberatende Ausschuss eingeladen wurde.

Der Ausschuss für Wirtschaft befasste sich abschließend mit dem Antrag der CDU-Fraktion in seiner 22. Sitzung am 04.05.2011. Vor der abschließenden Beratung wurde den Mitgliedern des Ausschusses von der CDU-Fraktion eine Stellungnahme übergeben (Anlage). Nach einer kurzen Diskussion im Ausschuss votierten die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft mehrheitlich dafür, die Stellungnahme der CDU-Fraktion abzulehnen (4/5/0).

Durch die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE wurde darauf verwiesen, dass zur abschließenden Beratung im federführenden Ausschuss noch Veränderungen zu dem Antrag der CDU-Fraktion eingebracht werden. Der mitberatende Ausschuss empfiehlt dem federführenden Ausschuss die Ablehnung des o. g. Antrages in der vorgelegten Fassung.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhold Dellmann

Anlage

Anlage

Landtag Brandenburg
Ausschuss für Wirtschaft

Vorsitzender
Herrn Reinhold Dellmann MdL

Potsdam, 03. Mai 2011

Stellungnahme zum Antrag der CDU-Fraktion nach der Anhörung am 6. April 2011

Zukunftskonzept für potentielle Rückkehrer nach Brandenburg (Drucksache 5/2659)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der CDU-Fraktion übersenden wir Ihnen hiermit unsere Stellungnahme für die Beschlussfassung des Ausschusses zum Antrag „Zukunftskonzept für potentielle Rückkehrer nach Brandenburg (Drucksache 5/2659)“.

Die Anhörung hat ergeben, dass mit einer richtigen Prioritätensetzung das Land Brandenburg auch in Bezug auf potentielle Rückkehrer dem Fachkräftemangel entgegenwirken und die Aufwertung einer Region erreichen kann. Eine aktivere Rolle der Landesregierung ist daher notwendig.

Die Landesregierung wird deshalb gebeten, dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie bis zum Ende des 2. Quartals ein Konzept für den Umgang mit potentiellen Rückkehrern vorzulegen. Dabei sollen – neben den im Antrag aufgeführten Punkten - insbesondere eine zentrale Anlaufstelle, die weitere Unterstützung der regionalen Aktivitäten, sowie die „Weitpendler“ im Mittelpunkt stehen. In diesem Zusammenhang sollte die Landesregierung auch ihre haushälterische Prioritätensetzung in diesem Bereich neu formulieren.

Mit freundlichen Grüßen



Dierk Homeyer



Frank Bommert

Landtag Brandenburg
Ausschuss für Arbeit, Soziales,
Frauen und Familie

Vorsitzende
Frau Birgit Wöllert MdL

EINGEGANGEN

5. MAI 2011

A 7 5 - 467

Erledigt: *Großw. Luthi'lv*
9. MAI 11

nachrichtlich:

Minister für Arbeit, Soziales,
Frauen und Familie
Herrn Günter Baaske

Potsdam, 03. Mai 2011

Stellungnahme zum Antrag der CDU-Fraktion nach der Anhörung am 6.4.2011

Zukunftskonzept für potentielle Rückkehrer nach Brandenburg (Drucksache 5/2659)

Beschlussvorlage:

Die Anhörung hat ergeben, dass mit einer richtigen Prioritätensetzung das Land Brandenburg auch in Bezug auf potentielle Rückkehrer dem Fachkräftemangel entgegenwirken und die Aufwertung einer Region erreichen kann. Eine aktivere Rolle der Landesregierung ist daher notwendig.

Die Landesregierung wird deshalb gebeten, dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie bis zum Ende des 2. Quartals 2011 ein Konzept für den Umgang mit potentiellen Rückkehrern vorzulegen. Dabei sollen – neben den im Antrag aufgeführten Punkten - insbesondere eine zentrale Anlaufstelle, die weitere Unterstützung der regionalen Aktivitäten sowie die „Weitpendler“ im Mittelpunkt stehen. In diesem Zusammenhang sollte die Landesregierung auch ihre haushälterische Prioritätensetzung in diesem Bereich neu formulieren.

Roswitha Schier

Roswitha Schier

Monika Schulz-Höpfner

Monika Schulz-Höpfner



Anlage 3



DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion DIE LINKE

für die Sitzung des
Ausschusses für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie
am 11.05.2011

zum Antrag „Zukunftskonzept für potentielle Rückkehrer nach Brandenburg“ der
Fraktion der CDU (DS 5/2659)

Der Antrag wird wie folgt gefasst:

Zuwanderung, Rückkehr und Integration als Beitrag zur Fachkräftesicherung in
Brandenburg

Der Landtag stellt fest:

Die Fachkräftegewinnung und –sicherung ist bereits gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben für alle Beteiligten in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie gewinnt künftig aufgrund der demografischen Entwicklung noch mehr an Bedeutung. Der absehbare Fachkräftebedarf im Land wird nur zu sichern sein, wenn es gelingt, das Fachkräfteangebot nachhaltig zu halten und zu erweitern sowie die Standortattraktivität des Landes weiter zu erhöhen. Dazu gehören insbesondere gute Arbeitsbedingungen mit unbefristeten sicheren Arbeitsplätzen, fairen Löhnen und Entwicklungsperspektiven. Dazu gehört auch die bestehenden Chancen auf Ausbildung und Arbeit in den Regionen transparent darzustellen und zu nutzen. Hierfür sind in erster Linie die Unternehmen zuständig. Ein weiterer wichtiger Standortfaktor ist eine soziale Infrastruktur, die den Bedürfnissen von Berufstätigen ebenso gerecht wird, wie denen von Familien mit Kindern und älteren Menschen.

Dies alles wird nur erreichbar sein, durch die Bündelung vielfältiger Maßnahmen, einem gemeinsamen Herangehen aller Akteure, breiter Vernetzung, der Verhinderung von Parallelstrukturen und einem optimalen Einsatz finanzieller und materieller Ressourcen.

Der Landtag bittet die Landesregierung

1. bereits existierende Maßnahmen, Angebote und Strukturen so auszurichten, dass an Zuwanderung und Rückkehrinteressierte, inklusive Fernpendler, ausländische Studierende, Studienabsolventinnen und -absolventen sowie Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler als Zielgruppe ausreichend berücksichtigt werden. Dabei sind insbesondere die alters- und geschlechtsspezifischen Unterschiede innerhalb dieser Zielgruppe zu beachten.
2. ein Internetportal für möglichst alle Interessierten zu entwickeln, das einen optimalen Informationszugriff gewährleistet und eine landesweite Vernetzung der regionalen Rückkehrer- und Zuwandererinitiativen unterstützt. Dabei ist zu prüfen, inwieweit das bereits bestehende internetbasierte Fachkräfteinformationssystem der LASA genutzt werden kann.
3. bei der Gewinnung von Fachkräften aus dem In- und Ausland
 - die Möglichkeiten des vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Frauen federführend begleiteten „Bündnisses für Fachkräftesicherung“,
 - die bereits bestehenden Rückkehrinitiativen im Land sowie
 - bisherige Erfahrungen der im „Verbund Rück- und Zuwanderung“ organisierten „Rückkehragenturen“ anderer Bundesländer und der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH (LASA) als Brandenburger Partner einzubeziehen.
4. dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landtages Brandenburg über erste Ergebnisse bis zum Ende des Jahres 2011 zu berichten.

Begründung:

In der Anfang 2010 veröffentlichten Fachkräftestudie für Berlin und Brandenburg wird der künftige Fachkräftebedarf konkret dargestellt. Damit es gelingt, diesen abzusichern, hat die Landesregierung einen Maßnahmenplan beschlossen und das „Bündnis für Fachkräftesicherung“ initiiert. Diesem Bündnis gehören, neben dem federführenden Arbeitsministerium und vier weiteren Ressorts der Landesregierung sowie der Staatskanzlei, die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammer, DGB, IG Bau, IG Metall, Unternehmerverbände Berlin Brandenburg, Universitäten, der Landkreistag, Schulämter, Lehrervertretung, Landeselternrat, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit Berlin-Brandenburg und die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales an.

Bereits laufende und geplante Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und -sicherung sind so zu gestalten, dass auch für Rückkehr- und Zuwanderungsinteressierte zielgruppenspezifisch die Arbeits- und Lebensperspektiven im Land Brandenburg transparent dargestellt werden.



Ralf Holzschuher
für die Fraktion der SPD



Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE